Foto: Christian Mang/Campact (CC BY-NC 2.0)

WARUM MACHEN WIR DAS EIGENTLICH?

Dieser Frage muss sich Mehr Demokratie bei jeder neuen Kampagne stellen. Manchmal wird es noch grundsätzlicher: Brauchen wir überhaupt noch mehr/Mehr Demokratie? Ist das wirklich die wichtigste gesellschaftliche Baustelle?

Ja, weil wir die Lösung der meisten Probleme darin sehen, dass man sie mit allen Beteiligten entwickelt. Denn bei den bestehenden Herausforderungen können wir es uns gar nicht leisten, auf die Kompetenz und Verantwortung irgendeines Menschen zu verzichten. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Schlüsselfunktion in der Gesellschaft, auf den Ort, wo die gemeinsamen Spielregeln verhandelt und vereinbart werden: auf die Demokratie. Wir entwickeln die tragenden Säulen gemeinsamer Vereinbarungen weiter, bauen das Wahlrecht aus, fordern mehr Information und Transparenz und kämpfen für die Mitwirkungsrechte aller durch direkte Demokratie. Ja – es ist unser hehres Ziel, unter Einbeziehung aller Mitglieder der Gesellschaft Möglichkeiten zu schaffen, um das, was drückt, zu ändern und das, was noch fehlt, hinzuzufügen.

Wenn nicht wir – wer macht´s denn sonst?

Mit besten Grüßen

Claudine Nierth

Ihre Claudine Nierth

DAS HABEN WIR 2014 BEWEGT

In unseren Landesverbänden – an der Basis von Mehr Demokratie –
werden Kampagnen lebendig, Aktionen organisiert, Gesetzesreformen angestoßen.

In Baden-Württemberg:

- eine Kampagne zum Wählen mit 16 mitorganisiert,
- mit der Bürgerbegehrensbilanz 2013 und der Verleihung der Demokratie-Rose landesweite Medienberichterstattung erzielt,
- die „Stop TTIP"-Kampagne mit einer Städtetour und vielen weiteren Aktionen vorangebracht,
- am europaweiten Aktionstag (11. Oktober) die bundesweit größte „Stop TTIP"-Demonstration mit 1.500 Menschen in Stuttgart mitorganisiert,
- 7.000 Unterschriften für ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz gesammelt.

In Bayern:

- viele lokale „Stop TTIP"-Bündnisse auf die Beine gestellt,
- die Einführung von Informationsfreiheitssatzungen in allen Städten Bayerns mit mehr als 10.000 Einwohner/innen begleitet,
- Kritik am geplanten Volksbefragungsgesetz geübt und uns für verbindliche, bürgerinitiierte Verfahren eingesetzt.

Thema: Stop TTIP – Eine Million Unterschriften in Rekordzeit

Am 7. Oktober startet unser europaweites Bündnis die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Stop TTIP" gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA. Eine offizielle EBI hatte die EU-Kommission zuvor mit rechtlich fragwürdiger Begründung abgelehnt. Am 10. November reichen wir Klage gegen die Ablehnung beim Europäischen Gerichtshof ein: Bürger/innen müssen bei den Verhandlungen internationaler Verträge Einfluss nehmen können! Nach knapp zwei Monaten hat das inzwischen 340 Organisationen aus 25 Mitgliedstaaten umfassende Bündnis eine Million Unterschriften gesammelt. Anfang Januar haben bereits zehn Länder die Unterschriftenhürde übersprungen. Wir wollen den politischen Druck verstärken und sammeln weiter.

Thema: Faires Wahlrecht

Am 26. Februar kippt das Bundesverfassungsgericht die Drei-Prozent-Sperrklausel bei den Europawahlen und bestätigt damit die Verfassungsbeschwerde von Mehr Demokratie und mehr als 1.000 Bürger/innen. Die Stimmen von Wähler/innen kleiner Parteien werden damit künftig nicht mehr unter den Tisch fallen.
Im Jahr 2014 hat unsere Bundesmitgliederversammlung Reformvorschläge für das Bundestagswahlrecht beschlossen, darunter:

- Sperrklausel von fünf auf drei Prozent senken,
- Wahlalter 16 einführen,
- durch die Möglichkeit einer Proteststimme auch leere Wahlzettel ins Ergebnis einbeziehen.

In Berlin und Brandenburg:

- die durch den fünften Berliner Volksentscheid zur Bebauung des Tempelhofer Feldes ausgelöste Debatte über mehr Beteiligungsmöglichkeiten und den Ausbau der direkten Demokratie mitbestimmt,
- eine Tour durch Brandenburger Wahlkreise und eine Kandidierendenbefragung zur Landtagswahl organisiert: Der Koalitionsvertrag spricht immerhin von einem Ausbau der bürgerschaftlichen Beteiligung.

In Bremen und Niedersachsen:

- mehr als 5.000 Unterschriften für faire Bürgerentscheide gesammelt und damit eine Reform (voraussichtlich 2015) vorangebracht,
- im Bündnis für ein besseres Informationsfreiheitsgesetz in Bremen gekämpft,
- die geplante Bürgerbegehrensreform in Bremerhaven begleitet: Es sollen mehr Themen zugelassen und die Unterschriftenhürde gesenkt werden.

In Hamburg:

- Hamburg endgültig zur Transparenzhauptstadt gemacht: Das gemeinsam mit einem Bündnis im Transparenzgesetz durchgesetzte Zentrale Info-Register ist nun online zugänglich,
- ein Beteiligungsforum mit organisiert, auf dem 150 Initiativen und Interessierte sich über Bürgerbeteiligung und Stadtteildemokratie ausgetauscht haben,
- zwei Volksinitiativen für 2015 vorbereitet: Die Bezirke sollen echte kommunale Rechte bekommen und das Zusammenspiel der parlamentarischen und direkten Demokratie soll verbessert werden.

In Hessen:

- mit dem neuen Landesvorstand eine Kampagne zum Ausbau von Bürgerbegehren und -entscheiden für das Wahljahr 2016 geplant,
- erste Vorbereitungen für ein Verfassungsreferendum 2016 getroffen, mit dem auch die direkte Demokratie auf Landesebene ausgebaut werden könnte.

In Nordrhein-Westfalen:

- mit dem Bündnis „NRW blickt durch“ ein Transparenzgesetz entworfen und Unterschriften für einen einfacheren Zugang zu Behördeninformationen gesammelt,
- zur Kommunalwahl eine Online-Aktion für mehr Demokratie vor Ort organisiert: Mehrere Hundert Kandidierende haben sich zur Stärkung der direkten Demokratie, zu Bürgerbeteiligung und Transparenz geäußert, ▸

Thema: Bürgerklage „Europa braucht mehr Demokratie“

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Teil unserer von 37.000 Menschen unterstützten Bürgerklage gegen ESM- und Fiskalvertrag an den Europäischen Gerichtshof überwiesen: Es ging um das umstrittene Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Kauf von Staatsanleihen (OMT-Programm). Wir meinen, dass die EZB damit in die Wirtschaftspolitik eingreift und die ihr übertragenen Kompetenzen überschreitet. Damit droht ein weiterer Demokratieabbau auf EU-Ebene. Das haben wir in der Verhandlung am 14. Oktober deutlich gemacht. Die Bürgerklage hatte gefordert, dass unser Wahlrecht nicht entwertet werden darf, indem im Zeichen der Eurorettung die Rechte des Bundestages ausgehöhlt werden. Erstmals in seiner Geschichte hat das Bundesverfassungsgericht eine Klage an den Europäischen Gerichtshof überwiesen. Das deutet darauf hin, dass es Teile des OMT-Programms ebenfalls für verfassungswidrig hält.

Blick über den Tellerrand: Österreich

Am 18. Dezember startet in Österreich eine Enquete-Kommission zur Stärkung der direkten Demokratie, die bis Sommer 2015 einen Gesetzentwurf ausarbeiten soll. Mit dabei: Mehr Demokratie Österreich und unsere Vorstandssprecherin Claudine Nierth. Bisher gibt es in Österreich auf Bundesebene nur eine Art Massenpetition und von oben angesetzte Referenden. Wir kämpfen für die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung, damit Bürger/innen direkt Gesetze initiieren können.

- vor dem Landtag mit 5.000 geknoteten Taschentüchern (symbolisch für die 5.000 Unterstützer/innen unseres Aufrufs) die Politiker/innen an ihre Wahlversprechen zur Erleichterung von Volksbegehren und -entscheiden erinnert.

In Rheinland-Pfalz:

- mit unseren Forderungen die Arbeit der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung“ begleitet,
- mit der Tour „Volksentscheide möglich machen“ Reformen der direkten Demokratie auf Landesebene gefordert,
- mittlerweile vier Regionalgruppen gegründet (Landau/Vorderpfalz, nördliches Rheinland-Pfalz, Westpfalz, Mainz/Rheinhessen).

In Schleswig-Holstein:

- mit jahrelanger Überzeugungsarbeit zu einer Verfassungsänderung beigetragen: Für einen erfolgreichen Volksentscheid müssen statt 25 Prozent der Stimmberechtigten nur noch 15 Prozent zustimmen und die Unterschriftenhürde für Volksbegehren wurde fast halbiert auf 80.000.

In Thüringen:

- seit Anfang des Jahres und besonders im Wahlkampf zur Landtagswahl unsere Forderung für eine fairer geregelte direkte Demokratie eingebracht,
- dafür gesorgt, dass in den Koalitionsvertrag einfließt: Bürgerbegehren sollen besser geregelt, finanzwirksame Volksbegehren leichter möglich sein und das Wahlrecht soll reformiert werden.

Impressum
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Telefon 07957-923 9050, Fax 07957-924 9992
info@mehr-demokratie.de

IBAN: DE 14 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE, Bank für Sozialwirtschaft

Bildnachweise
Titelfoto: Christian Mang/Campact (CC BY-NC 2.0)
Innenseiten (v.l.n.r.):
Photo-Studio Delta, Jakob Huber, Michael von der Lohe (Nr. 3+4), dutytodo (FlickR), privat

Finanzüberblick 2014 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Europäische Bürgerinitiative Stop TTIP / CETA		-89.391	
ESM-/OMT-Verfassungsbeschwerde und EUGH-Verfahren		-11.900	
Bundesweiter Volksentscheid / Bundesratsinitiative		-31.723	
Reform- / Lobbyarbeit		-36.485	
Verfassungsbeschwerde Wahlrecht	8.850	-11.900	
			-172.550 €
Democracy International			
Europäische Bürgerinitiative, europ. Netzwerkarbeit		-67.938	
Großspenden für Democracy International	72.007		
Kampagne für einen demokratischen Konvent in Europa	114.738	-114.738	
			4.069 €
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			
Website, Gestaltung, Infomaterial, Honorare, Pressekonferenzen etc.	4.453	-131.137	
Zeitschrift für direkte Demokratie (mdmagazin)		-59.107	
Abo-Einnahmen	1.038		
			-184.753 €
Verbandsinterne Demokratie			
Vorstandssitzungen, MVen, Mitgliederurabstimmungen		-32.286	
Beiträge der Teilnehmenden	2.915		
Rechtsanwaltskosten	497	-18.768	
			-47.642 €
Bildungsarbeit			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltungen	4.900	-16.405	
			-11.505 €
Wissenschaft			
Bürgerentscheidsdatenbank		-4.800	
Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte, Rankings, wissenschaftl. Aufsätze		-43.263	
Jahrbuch Direkte Demokratie, Publikationen	206	-3.209	
			-51.066 €
Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-72.495	
Kreditvergabe und -einnahmen	2.433	-8.671	
Kostenerstattung durch Landesverbände	4.200		
Bundesbürokosten Tempelhof / Berlin		-21.868	
			-96.402 €
Fundraising, Werbekosten			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-109.943	
Druck, Honorare, Weiterbildung		-67.270	
Beiträge	289.531		
Mailing Spenden	318.757		
Großspenden (ab 10.000.- Euro)	74.000		
Sonstige Spenden	67.757		
Online-Spenden	57.986		
Sonstige Einnahmen	11.038		
Förderung / Stiftungen	0		
			641.855 €
Summe	**1.035.304**	**-953.298**	
Ergebnis 2014			**82.006 €**
Übertrag aus dem Jahr 2013			141.397 €
Kontostand 31.12.2014			223.403 €